

Erklärung des Verbandes der Geschichtslehrerinnen und -lehrer Deutschlands zum Terroranschlag der Hamas vom 7. Oktober und israelbezogenem Antisemitismus in Deutschland

Der VGD sieht als bundesrepublikanischer und der Würde des Menschen verpflichteter Verband mit Entsetzen den Ausbruch und die Folgen von Gewalt in Israel bzw. Nahost. Er verurteilt die direkten und indirekten Solidaritätsbekundungen mit der Hamas, die seit dem terroristischen Angriff und Massaker der Hamas an israelischen Männern, Frauen und Kindern vom 7. Oktober auf deutschen Straßen und in den sozialen Medien erfolgen. Zusammen mit den gegen jüdische Einrichtungen in Deutschland und anderswo verübten, versuchten oder noch beabsichtigten Anschlägen macht dies in aller Deutlichkeit klar, was israelbezogener Antisemitismus ist. Die politische Legitimierung der Hamas als Befreiungsorganisation übernimmt deren Zielsetzung von der Auslöschung Israels. Die Gleichsetzung der israelischen Verteidigungsreaktion gegen die Hamas mit dem Holocaust soll dies rechtfertigen. Diese Propaganda banalisiert einerseits den historischen Holocaust und radikalisiert andererseits den heutigen Nahostkonflikt emotional so sehr, dass der Blick auf die Realität, eine rationale Auseinandersetzung darüber und eine friedliche Lösung des Konflikts gezielt verunmöglicht werden sollen.

Auf die vernunftgeleitete Auseinandersetzung damit kommt es aber an. Der Bildungsbereich muss sich jetzt intensiver als bisher dieser Herausforderung stellen. Notwendig dafür ist auch eine unter den gegebenen Rahmenbedingungen in der Schule gewiss schwierige, aber nicht verzichtbare historische Aufarbeitung der Geschichte Israels und des Nahostkonflikts. Sie muss dem entgegenarbeiten, dass über diese Geschichte von heute aus geurteilt wird, ohne überhaupt die Gründe der jeweiligen Ereignisse im Einzelnen und damit auch der Entwicklung insgesamt ausreichend zu kennen. Urteile ohne Kenntnis der Sache sind aber Vorurteile.

Dabei ist es ganz entscheidend, gegen die Kontinuitätspropaganda eines unaufhörlichen und zielgerichteten Konflikts von 1948 (bzw. vorher schon) über 1967 bis heute die Friedensphasen trotz der Nichtanerkennung Israels durch die arabischen Nachbarstaaten hervorzuheben und auf den Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel 1979 sowie das Osloer Abkommen von 1993 zwischen der israelischen Regierung und der palästinensischen Führung zu verweisen, für das drei Politiker den Friedensnobelpreis bekommen haben. Es wurde in ersten Schritten verwirklicht, der Extremismus hat jedoch seine vollständige Umsetzung vereitelt und weiterer Extremismus wird das Problem nur noch verschärfen.